

## Einigung über Erasmus+ 2021-2027 erzielt

- Budget fast verdoppelt

14. Dezember 2020

**Rat und Europäisches Parlament haben sich am Freitag über die Ausgestaltung des Programms Erasmus+ 2021-27 geeinigt. Als nächster Schritt ist die formelle Beschlussfassung der Verordnung vorgesehen. Mit der Aufhebung des Vetos von Polen und Ungarn zur mittelfristigen Finanzplanung der EU ist auch das letzte Hindernis beseitigt. Das Programm Erasmus+ 2021-27 kann damit ohne nennenswerte Verzögerungen beginnen.**

Im Einzelnen: Das künftige Budget für Erasmus+ umfasst 24,57 Mrd. € in laufenden Preisen sowie Zusatzmittel in Höhe von 1,7 Mrd. € in Preisen von 2018, insgesamt also deutlich über 26 Mrd. €. Berücksichtigt man, dass das Vereinigte Königreich im Unterschied zum Zeitraum 2014-2020 nicht von den Mitteln profitieren wird, liegt der Gesamtbetrag nur noch wenig unter einer Verdoppelung des Programmbudgets.

Rat und Parlament sind sich einig, dass das künftige Programm inklusiver werden müsse. Hierfür sind erhöhte Fördermittel sowie Inklusionspläne vorgesehen, die von den Nationalen Agenturen zu entwickeln sind. Die Mobilität von erwachsenen Lernern in der allgemeinen Erwachsenenbildung zählt nunmehr auch zu den förderfähigen Aktivitäten des Programms.

Klaus Fadle, Leiter der NA beim BIBB, zum Ergebnis der Verhandlungen: „Die Einigung von Rat und Parlament unter deutscher Präsidentschaft ist ein starkes Signal für Erasmus+. Von Erasmus+ profitieren viele Menschen in Europa ganz unmittelbar, das Programm bringt Menschen aus ganz Europa zusammen, fördert Toleranz und europäische Werte. Es ist aber auch eine unverzichtbare Investition in Bildung und Ausbildung.“

Quelle: <https://www.na-bibb.de/presse/news/2020/einigung-ueber-erasmus-2021-2027-erzielt/>

